

# SCHWEIZ

---

## Zürcher Ex-Nationalrätin setzt sich für Minenopfer ein

Von Richard Diethelm, Genf. Aktualisiert am 16.12.2008

**Barbara Haering präsidiert neu das Genfer Zentrum für humanitäre Minenräumung.**



Haering in neuer Mission: Die ehemalige Nationalrätin kämpft nun gegen Mineneinsatz in Krisengebieten.  
Bild: Keystone

Im Juni 1972 ging ein Bild des Vietnamkrieges um die Welt, das niemanden kalt liess: Schreiend und mit von Schmerz verzerrtem Gesicht floh ein nacktes Mädchen aus dem brennenden Dorf Trang Bang, das südvietnamesische Kampfjets mit Napalm bombardiert hatten. Das Schicksal der 9-jährigen Kim Phuc, die beim Angriff schwere Verbrennungen erlitt, war für Barbara Haering der Auslöser, sich politisch zu engagieren. Sie war damals 18, eine schüchterne, blitzgescheite Zürcher Mittelschülerin.

Heute ist die promovierte Naturwissenschaftlerin und erfolgreiche Unternehmerin um die Erfahrung eines Politikerinnenlebens reicher. 1990 wurde Haering – nach nur vier Jahren im Zürcher Kantonsrat – auf der SP-

---

Liste in den Nationalrat gewählt. In 18 Jahren als Nationalrätin erwarb sie sich über die Grenzen der eigenen Partei hinaus den Respekt als Fachfrau in Sicherheits- und Wissenschaftsfragen. Neben der Umweltthematik, die sie als Geschäftsleiterin der Beratungsfirma Econcept oft beackert, engagiert sie sich auch nach dem Rücktritt als Politikerin für Wissenschaftsbelange sowie Sicherheit und Frieden.

«Ich kehre zu den Wurzeln meines politischen Engagements zurück, zur Hilfe an Opfer von Kriegen und zur Abrüstung», sagt die 55-Jährige zu ihrem jüngsten Mandat. Anfang Jahr wird sie vom ehemaligen IKRK-Präsidenten und Handelsdiplomaten Cornelio Sommaruga das Präsidium des Genfer Internationalen Zentrums für Humanitäre Minenräumung (GICHD) übernehmen.

Das 1998 auf Initiative der Schweiz gegründete unabhängige Zentrum berät einerseits Länder und Organisationen technisch, die ehemalige Kampfgebiete von Antipersonenminen und anderen Blindgängern räumen. Zudem führt es eine Datenbank mit unzähligen Informationen über Räumungsprogramme, Opferhilfe und andere Aspekte dieser seit 1997 international geächteten Waffen. Andererseits entwickelt das GICHD künftige völkerrechtliche Standards auf diesem Gebiet.

Das Zentrum führt das Sekretariat des Abkommens für ein Landminenverbot und hofft auf denselben Auftrag für das kürzlich in Oslo ratifizierte Streubombenverbot. Der Bund finanziert 60 Prozent des Budgets von rund 15 Millionen Franken. Schweden, Norwegen, Australien und die EU leisten weitere namhafte Beiträge.

Hearings neue Aufgabe entspricht ihrem Credo, wonach «das Engagement für Menschen, die unter Gewaltkonflikten leiden, nicht an den Schweizer Grenzen enden kann». Wäre es nach der früheren Präsidentin der Sicherheitspolitischen Nationalratskommission gegangen, hätte der Bund in dieser Hinsicht bei der Armee reform und der Doktrin für friedenspolitische Einsätze im Ausland mutiger sein können. Dass der designierte Verteidigungsminister Ueli Maurer das Rad am liebsten zurückdrehen möchte, erschreckt Haering nicht: «Ich erwarte eine Polarisierung der sicherheitspolitischen Debatte. Dazu tragen aber die Grünen, die auf die Armeeabschaffungslinie eingeschwenkt sind, ebenso bei wie die SVP.» (Tages-Anzeiger)

Erstellt: 16.12.2008, 21:51 Uhr

© Tamedia AG